

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 139. Ratssitzung vom 19. September 2012

3101. 2010/107

Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christian Wenger (SD) vom 10.02.2010: Schaffung von Anreizen für die Bevölkerung bei der Mithilfe in der Bekämpfung der illegalen Einwanderung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Polizeidepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Patrick Blöchlinger (SD)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5580/2010): In unsrer Stadt lebt auch eine beachtliche Zahl illegaler Aufenthalter. Dies sind alles Personen, die nicht hier hingehören. Dies ist seit Jahren der Fall und die Behörden sind offensichtlich nicht mehr in der Lage, das Problem in den Griff zu bekommen. Deshalb ist es wichtig, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger bereit erklären, sich auf die Suche nach Illegalen zu begeben. Eine Möglichkeit ist, dass, sobald der Verdacht besteht, dass sich jemand illegal in Zürich aufhält, eine Meldung an die Polizei erfolgt. Bei der Polizei wird dadurch nicht nur registriert, wo und wie viele Illegale sich aufhalten, sondern auch, wer die Meldung machte. Damit dies geschieht, sollten geeignete Anreize geschaffen werden. Denkbar wäre beispielsweise eine jährliche Auszeichnung zum besten Einsatz gegen die Illegalenflut. Ausgezeichnet wird, wer pro Jahr am häufigsten Illegale gemeldet hat, respektive, wer die höchste Zahl Illegaler gemeldet hat. Natürlich lässt sich der Preis auch in verschiedene Unterkategorien unterteilen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat unterstützt generell nicht das Denunziantentum als Mittel zur Erreichung politischer Ziele.

Weitere Wortmeldungen:

***Kurt Hüssy (SVP):** Auch bei diesem Postulat gilt dasselbe wie beim vorhergehenden. Die vorhandenen Gesetze müssen eingehalten und durchgesetzt werden. Wie schon gesagt, fehlt es nicht am Willen der Polizeibeamten. Das Problem sind eher die Hilfsorganisationen, die vieles falsch machen und falsche Signale setzen. Natürlich kommt ein sehr langsam arbeitender Verwaltungsapparat dazu. Wenn erst nach Jahren ein definitives Urteil verkündet wird, sind diese Menschen auch in ihrem Herkunftsland ohne feste Wurzeln. Da liegt das Problem. Dass viele in die Schweiz kommen wollen, ist verständlich. Das bedeutet auch nicht, dass diese Menschen schlecht sind. Wenn ein Aufenthalt illegal ist, müssen auch die Konsequenzen einer schnellen Ausweisung getragen werden. Lasst diese Aufgabe bei denen, die das können.*



2 / 2

Markus Hungerbühler (CVP): Der Vorschlag der SD ist eine moderne Form des Denunziantentums. Dies erinnert an das Deutschland der 30er Jahre. Dafür haben wir einen modernen, demokratischen Rechtsstaat. Die Polizei kann diese Aufgabe gut bewältigen.

Simon Kälin (Grüne): Dieses Postulat macht mich betroffen und sprachlos. Er verlangt eine Gleichschaltung von Behörden und Bevölkerung. Dies würde eine Installation eines Bespitzelungssystem bedeuten, wie man es von totalitären Diktaturen kennt. Ich frage mich, ob Lektionen aus der Geschichte gelernt wurden und wie gross die Distanz zu totalitären Staatsformen ist. Es ist ein unwürdiger Vorstoss.

Alan David Sangines (SP): Ich bin erstaunt, dass es in diesem Rat eine Debatte zu diesen Vorstössen gab. Solche Vorstösse sind unwürdig und jede Diskussion in diesem Rat ist zu viel der Ehre. Ich wäre froh, wenn wir uns künftig bei solchen Vorstössen Diskussion sparen könnten.

Das Postulat wird mit 2 gegen 109 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat